

de, und uns Sonn-
n dem man vielleicht
in neues Gefühl des
vortung verknüpfte
Kirche.

herrliche und so echt
Wie würde ich mich
er darüber schreiben
geisterten, sich hier
eiser feinen, besinn-
icht nur ihrer Kirche
werden durch den
dieser Arbeit aus-
Wally Nagel.

risten.

Luther und die Ro-
1932. 28 S. Einzel-
Exempl. je 70 Pf.
Werner Scholl, Leip-
zigs.

ndendorf über die an-
es Luthers durch die
Melanchthons) sind in
verbreitet. D. Stein-
n Auseinandersetzung
Grisar i. J. 1911 in
inner Luthers bekannt
der Frau Dr. Luden-
en kritischen Prüfung
gegangenen, was Frau
die angebliche Unter-
ners seitens der eom-

chers, ihr Leben und
g in Schlesien 1930

oren und bei Kriegs-
mannskind in Ober-
ndlinger, legte sie es
ft durch, im Seminar
e Schwefelsteinlehre
e später im Daho-
berdorf, Rinderheim
altete sich ihre Tätig-
keiten und Fortnerin-
wie ein Strom von
ie allen ein leuch-
des herzeigenden
esen ist, bis sie end-
e, davon weiß ich,
ein Leser das Buch
Das Anna Borden-
dieses gesegneten
Büchlein ihr auch ein
D. Ludwig Schneller.

rien, Tagebuchauf-
leberlieferung Mit-
tag, Berlin W. 9

an dem man seine
müllensbuch zu wer-
vollständlichste Art
denfreund voll Ver-
e und feilsche Not,
sind Selbstzeugnisse
Frömmigkeit und
gewährt auch heute
Ergößen, sich in sie
Meinungen, dem die
Anfang des 18. bis
Harrchen gab, be-
rsten Proben seiner
seinen Freund Wul-
ledrich des Großen,
nkrich und begnügt
sche Tätigkeit. Das
Durch unglaublich
oden, von denen die
e wie Vergnügen
es Glück bei allen
bei vornehm und
in buntem Wechsel
befreiungsjahren an
n Freud und Leid
am Ergehen seiner
z Berlin gilt. Wir
Zuise, wir begleiten
s Heimatländchen,
und Enkel auf
das sich ganz vor-
den und fröhlichen
e allerweiteste Ver-

ng. Von M. A. A.
chl. Geh. 3.—Mk.

—, so kann über
n werden. Sichert
er Schilderung der
stille Heldin", die
erwählten Sonnen-
a sein Lebensglück
Andreas, hält uns
ndringliche Predigt
von der Liebe, die
gehoben: M. A. hat
bernen Roman ge-
ende Frage: "Wie
sich selbst zurück-
u Martins nimmt
in ihr Haus, dem
it" wiedergefunden
Strichen wird das
suchenden Forben
hinein in die Ein-
en Salon und die
und weinen. Die
en raucht an uns
d alt, wo sie auch
M.

Weltpolitik: Dr.
ethel. Zuschriften
28. Für Geld-
Aufwands". Christ-
f 3911/3919, Amt
Bethel.

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.50 und
0.50 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Wochenzeile über deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 5 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 53.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 3. März 1933.

15. Jahrgang.

Zu weit getrieben,
Verfehlt die Strenge ihres weisen Zwecks,
Und allzusehr gespannt, zerpringt der Bogen.

Schiller.

Die Reform der Privatwirtschaft als Grundlage der sozialen Volksgemeinschaft

Von A. Fischer-Henkhausen.

Als der Freiherr vom Stein die Gewerbefreiheit einführte, mußte dieser ehrliche Staatsmann sehr gut, daß er kein Wirtschaftssystem entdeckt hatte, welches den Kampf ums Dasein ein für allemal von der Erde verbannt hätte. Aber er beseitigte den Klassenkampf der damaligen Zeit, weil er ein Volk in seinem gesamten Lebenswillen einig sein mußte, wenn es seine letzten und äußersten Kräfte zum Kampf fürs Vaterland hergeben sollte. Steins Werk hat der Befreiungskampf Preußens gedeckt für alle Zeiten. Und auch die können es nicht tadeln, die heute darauf hinweisen, daß es zwar einen wirtschaftlichen Aufstieg gebracht hat, der alle Jahrhunderte der Vorzeit überstrahlt, dazu aber in allerhöchster Zeit einen neuen Klassenkampf, der auch alles übersteigt, was vorher dagewesen ist. — Allzu gründlich ist der Versuch mißlungen, die Menschheit mit einem Wirtschaftssystem zu beschenken, in welchem die Gegensätze, die man bisher als den Urgrund alles Übels erblickt hatte, ausgelöscht sein sollten.

Es soll einer besonderen Arbeit vorbehalten bleiben, zu zeigen, warum letzten Endes dies Leben überhaupt, also auch die Arbeitsgelegenheiten, zugrunde gehen müssen, wenn man das Prinzip des Gegensatzes aus dem Erleben der Menschen hinausdrängen will.

Nehmen wir diese Tatsache als gegeben an, dann hat es keinen Zweck, die Unternehmer-Privatwirtschaft, die Grundlage aller bisherigen Betätigung, zu beseitigen. Denn sie schafft Arbeitsgelegenheiten in einer Fülle und Uner schöpflichkeit, die von keiner anderen Wirtschaft auch nur entfernt erreicht werden können. Für Arbeitsgelegenheiten muß aber zuerst gesorgt werden, wenn man wahrhaft Sozialpolitik treiben will. Und es wird heute niemanden mehr geben, der diese Sorge dem marxistischen Sozialismus und dem Kommunismus überantworten möchte, wenn es möglich wäre, die Unternehmer-Eigenwirtschaft so umzubilden, daß sie den sozialen Gedanken zu tragen vermag. Diese Umbildung allerdings ist das Gebot der Stunde.

Wieder einmal stehen wir vor der Aufgabe, unser Volk nicht nur gefühlsmäßig und ethisch, sondern in seinem Arbeitswillen, in seinem gesamten auf das werktätige Dasein gerichteten schöpferischen Willen einigen zu müssen. Denn hier ist der Klassenkampf entstanden; und er wird sich auch nicht eher beseitigen lassen, als bis die Arbeiterwirtschaft in der Umwandlung der bisherigen Wirtschaftsform die Gewähr für die Berücksichtigung ihrer Belange erfüllt sieht.

Diese Erfüllung kann, wie gesagt, nicht durch Beseitigung des Gegensatzes geschehen. Das braucht uns aber nicht stutzig zu machen. Gerade unser Jahrhundert der Technik zeigt, wie die Gegensätze in der Natur sich zu einer Fülle neuer Lebenserscheinungen umbilden lassen, wenn man sie zu begrenzen und zu führen gelernt hat. — Wollen wir die moderne Wirtschaftsmechanik in diesem Sinne einmal neu aufbauen, so werden wir davon ausgehen müssen, daß auch hier der Gegensatz der Anfang aller Entwicklung gewesen ist. Wir werden ihn als das unabänderliche Bleibende anerkennen müssen. Aber gerade das wird uns auf die rechte Spur führen, indem wir die Gesetze einer Wirtschaft entdecken, welche anstatt zum Kampf die wirtschaftlichen Kräfte zum polaren Ausgleich bringen muß.

Diese Gesetze finden wir am besten vorgezeichnet in den Vorgängen der magnet-elektrischen Naturerscheinungen. Wie sich im Magneten eine elementare Einheit aufspaltet und zwei neue selbständige Kräfte entstehen läßt, die nun ein Kräftepaar bilden, weil die beiden magnetischen Ströme im Inneren des Magneten sich abstoßen und an dessen einem Ende den Nordpol und an dessen anderem Ende den Südpol bilden, so kann auch ein Wirtschaftsprozess erst zustandekommen, wenn sich eine ursprüngliche Wirtschaftseinheit aufspaltet und neue Gewerbe entstehen läßt, die nun einander gegenüberstehen.

Solange z. B. die Bauern ihr Korn selber mahlten und verbackten, konnte kein Bäckerei- und Mültereigewerbe entstehen, erst die Teilung der Arbeit ließ beide Gewerbe aufkommen und gleichzeitig neue Verbrauchergruppen entstehen. Der Wirtschaftsprozess war da. Damit soll nicht gesagt sein, daß er auf diese Weise anfing. Das Schmiede-, Zimmermanns-, Maurer-, Weber- und Töpferhandwerk werden die ersten gewesen sein, die sich von der rein bäuerlichen Kultur abspalteten. Auf jeden Fall aber ist die Teilung der Arbeit die Geburtsstunde des Wirtschaftslebens gewesen, und ist es auch heute noch. Daß die Wirtschaftsmechanik ebensoviele Gegensätze darstellt, als gewerbliche Verrichtungen da sind, braucht nicht erst bewiesen zu werden, denn sie haben sich ja oft genug gegenseitig bekämpft bis zur Vernichtung ihrer selbst. Das braucht aber nicht so zu sein, und wird auch nicht mehr so sein, wenn wir begreifen, daß die wirtschaftlichen Gegensätze dazu da sind, daß zwischen ihnen nicht Vernichtung, sondern der polar gerichtete und geleitete Kraftstrom entsteht.

Betrachtet man die Wirtschaft (es handelt sich immer erst einmal um das Wirtschaftsgebiet eines Volkes) von diesem Standpunkt aus, dann ist zu erkennen, daß wir vor 1914 bereits viel richtigere Wege wirtschaftlicher Entwicklung beschritten hatten als nach 1918. Die Arbeiterwirtschaft hatte ganz richtig erkannt, daß der einzelne Arbeiter gegenüber der Wirtschaftskraft, die sich in der Hand eines jeden Unternehmers zusammenfügt, kein Gegenstück war. Sie schloß sich also zusammen und bildete einen eigenen, fest zusammengefügt Wirtschaftskörper, der nun dem gesamten Unternehmertum als Kraftpol gegenübertrat. Soweit entwickelte sich die Sache mit Naturnotwendigkeit und auch ganz folgerichtig. Der Fehler kam erst in das neue Wirtschaftsgebilde, als es von der Idee erfasst wurde, man müsse die Produktionsmittel ver-gesellschaften, um ein für allemal zu verhindern, daß die Einzelpersonlichkeit eine soziale Bevorzugung für sich allein erobern könne. Mit dieser Idee verfuhr sich die Sozialdemokratie dem Gedanken des wirtschaftlichen Kampfes bis zur Vernichtung des Gegenpols.

Es hat heute keinen Zweck mehr, darüber entsetzt zu sein, was die Sozialdemokratie alles getan hat, um zu ihrem Ziele zu gelangen. Das einfache rein wirtschaftspolare Ziel mußte sein: Zusammenschließung der Arbeitnehmer bis zu dem Punkt, daß die Arbeiterwirtschaft sich als einen dem Unternehmertum gleichwertigen, das ganze wirtschaftliche Getriebe mitbestimmenden Faktor fühlen konnte. Dieser Punkt ist längst erreicht; wenn man unvoreingenommen denken will, schon vor 1914 erreicht gewesen. Der Arbeiterführer Hue, der leider bald nach 1914 starb, hatte kurz vor dem Kriege mit der Großindustrie das Abkommen zustande gebracht, wonach sich diese verpflichtete, Arbeitereinstellungen und Entlassungen nur noch im Einvernehmen mit den Gewerkschaften durchzuführen. Dieses Abkommen hätte damals bereits dazu führen müssen, daß der Staat die Aufgabe in die Hand nahm, jeweils den wirtschaftlichen Kraftstrom von dem Pol abzuleiten, wo sich die Kraft zu hoch aufstaut, was seinerzeit bereits zugunsten des Arbeiterblocks der Fall war. Er mußte verlangen, daß die Gewerkschaften ihre Kampfstellung aufgaben, was sie gut hätten tun können, wenn der Staat ein Wirtschaftssystem eingerichtet hätte, mit welchem er den richtigen Verlauf der wirtschaftlichen Strömung garantieren konnte.

Ohne diese Garantie können die Gewerkschaften, kann die Arbeitnehmerwelt die Macht, welche sie erlangt hat, allerdings nicht aus der Hand geben. Und wahrscheinlich können wir dem Schicksal dankbar sein, daß wir in der gegenwärtigen Zwangslage uns befinden, denn ohne eine Zeit der tiefsten Not hat es noch kein Volk fertig gebracht, die Grundlagen seines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens umzugestalten.

Daß diese Umgestaltung nicht mit der kollektiven Produktion zu tun haben darf, ist nach dem Vorhergehenden selbstverständlich. Sie muß aber auch dem unbeschränkten Unternehmertum Maß und Ziel setzen. — Das bietet aber keine Schwierigkeiten mehr, nachdem sich an dem einen Pol der Wirtschaft in Gestalt der verbrauchenden Volksmassen eine Kraft angehäuft hat, welche die Wirtschaft — allerdings nur negativ — viel stärker bestimmt, als der Gegenpol, an dem sich der Produktionswille der Unternehmer betätigt. — Das Unternehmertum wird sich gerne in eine planvolle Beschränkung und planvolle Einteilung des Wirtschaftsprozesses einfügen. Sieht es doch bei der gegenwärtigen zwiespältigen Wirtschaft seinen Untergang vor Augen, während die alte ganz freie Unternehmer-Eigenwirtschaft schon allein deswegen nicht wieder hergestellt werden kann, weil Kapital und Arbeit

ihren Verdienst dem des Unternehmers nicht mehr unterordnen wollen. —

Darum ist heute die Ansicht sehr verbreitet, daß es sich heute nicht um eine Wirtschafts-Reform handle, sondern allein um Vermehrung der Kaufkraft der Massen, wodurch dann der Produktionsprozess ohne weiteres wieder den alten Umfang annehmen würde. Das ist aber ein Irrtum. Denn das wäre nichts weiter als ein Rückschlag in die Zustände des eben verfloßenen Jahrzehnts: Die Arbeiter würden jede Stärkung des Unternehmertums mit Erhöhung der Lohnforderung beantworten, und der Kampf zwischen ihren sozialistischen Forderungen und der Unternehmerwirtschaft würde wieder von vorne anfangen. Es wäre sehr zu bedauern, wenn die Regierung annehmen sollte, sie könnte die alte Unternehmerwirtschaft wiederherstellen, und ihre Prosperität, die wir ja unbedingt nötig haben, dadurch garantieren, daß man die Arbeitermassen mit den Machtmitteln des Staates diesem System wieder eingliedern will. Das ist ein Experiment, welches den Bürgerkrieg zur Folge haben muß, und niemand kann sagen, wo er endet. Die Arbeiterschaft weiß ganz positiv, daß ihre Macht an ihrer Tarifhoheit hängt und an der in der Weimarer Verfassung verankerten staatsrechtlichen Stellung der Gewerkschaften. Mit dieser Machtposition werden sie das Unternehmertum bekämpfen unentwegt wie bisher, es sei denn, daß der Staat selbst, nicht nur das System eines regulierten Lohnes, sondern auch einer regulierten Produktion akzeptiert! Nur in diesem Falle können die Arbeiter einwilligen, mit den Unternehmern gemeinsam von vorne und von unten anzufangen: Wenn das Wirtschaftssystem an sich dafür bürgt, daß der Unternehmergewinn von einer gewissen Grenze ab ohne weiteres vom Erzeuger-Pol ab- und dem Verteiler-Pol zufließt.

Eine regulierte Wirtschaft hat es zur Zeit der Privilegienwirtschaft gegeben. Man braucht sie nicht sklavisch nachzuahmen. Um aber einmal so schnell wie möglich zu einem gesunden Wirtschaftssystem zu kommen und die beiden sich zur Zeit bekämpfenden Systeme zu beseitigen, sollte man auf die Idee der Privilegienwirtschaft zurückgreifen. Denn nur eine kontingentierte Wirtschaft läßt sich regulieren.

Diese Kontingentierung von oben bis unten brauchen wir vor allen Dingen um der Unternehmer selbst willen. Wenn wir die Entwicklung dem freien Spiel der Kräfte überlassen wollten, dann würde sich sofort Überproduktion, allgemeine Konkurrenz mit ihren das Unternehmertum schwächenden Folgen einstellen, oder der Aufstieg der Wirtschaft würde viel zu langsam vor sich gehen. Wir brauchen aber sofortige Hilfe für viele Millionen Volksgenossen, nicht erst überjährige.

Nur von einer kontingentierten Wirtschaft aus können wir uns an die mögliche Produktionserweiterung ohne Rückschläge herantasten. Bis dahin werden wir noch viel Hilfe für arbeitslose Volksgenossen brauchen. Die Belastung aber (die wir jetzt nicht tragen können), welche diese für die Wirtschaft darstellt, kann eine kontingentierte Wirtschaft tragen, weil sie mit übersichtlichen Lohn-, Rohstoff-, Gewinn- und Absatzverhältnissen rechnen kann.

Auch für den Staat schafft die kontingentierte Wirtschaft wieder feste Verhältnisse, und damit die Grundlage seiner gesicherten und vernünftigen Steuerpolitik. Diese kann niemals einfacher und trotzdem ergiebiger sein, als bei einem in sich gesicherten Produktionsprozess. Was derselbe erübrigt, damit muß dann allerdings auch der Staat auskommen. Damit kann er aber auch auskommen, weil der Unternehmergewinn reichlich bemessen sein kann, gut erkennbar ist, und von niemandem mehr verschleiert zu werden braucht.

Die Situation ist doch jetzt so, daß der Staat auf der Jagd ist nach jedem Groschen, den die Deutschen nicht ganz unbedingt notwendig für Leben und Wirtschaft brauchen. Da hierüber die Ansichten zwischen Staat und Volk sehr auseinandergehen, ist alles vor dem Zugriff des Staates auf der Flucht. Also auch hier zur Zeit Kampf hüben und drüben und allgemeines Mißtrauen. Die Wirtschaft ist dabei immer kümmerlicher geworden. Und das kann sich nicht ändern, solange die Tarifmacht aller daran Interessierten dem Produktionsprozess gegenüber bevorrechtigt bleibt. Ein Zustand, der im Zeichen des gegen die Unternehmerwirtschaft kämpfenden Staates durchaus verständlich ist. Der aber beseitigt werden muß, und nur durch eine Wirtschaft mit festen polaren Strömungen beseitigt werden kann, die dem einzelnen Unternehmer individuelle Betätigung, Volk und Staat aber die Gewähr bieten, daß die Wirtschaft einen sicheren, übersichtlichen Gang geht.

Zurücksetzung folgt.

411 Städt. Bibliothek

S 839

Was ist Bolschewismus?

Von Gustav Sondermann.

Es ist immer überraschend, wie sehr heute jede Aussage, die nicht im Landläufigen bleibt, mißverstanden wird. So scheint mir auch die Erwiderung von A. Münch auf meinen Aufsatz „Was ist Bolschewismus?“ (Nr. 41) aus einem Mißverständnis zu kommen, das durch die schweren Vorwürfe „unheilvolle Verwirrung, halbe Wahrheiten“ noch seine Verschärfung erhält. Es scheint mir der Sache wegen notwendig, diesen entgegenzutreten.

Eines vor allem: „Vom Bolschewismus lernen“ können wir nichts — eben das ist doch der Sinn meiner Ausführungen gewesen; ich schrieb am Schluß: „wir haben selbst unsere Form zu suchen und Ausland kann uns dazu wenig helfen.“ Man darf also nicht den Gedankengang meines Aufsatzes u. a. dahin zusammenfassen, wie A. Münch es tut: der Bolschewismus „könnte uns eine Krise zur Gesundheit sein, wenn wir von ihm lernen wollten“ — denn damit verfälscht man, wenn auch ungewollt — den Sinn des Gedankenganges der vielleicht noch einmal kurz dahin zusammengefaßt werden darf:

Wenn man den Bolschewismus nur nach seinen Symptomen beurteilt, kann man mit Erschrecken feststellen, daß diese Symptome (Anzeichen) alle auch bei uns zu finden sind; bevor wir also über den Bolschewismus zu Gericht sitzen, ist es notwendig, selbst bei uns Einkehr zu tun und nach Abhilfe zu trachten. Darüber hinaus aber müssen wir von einer äußerlichen Betrachtung zu einer Schau des Wesens des Bolschewismus gelangen und erkennen, daß dieser Bolschewismus aus drei Elementen zusammengesetzt ist: einem staatlichen, biologischen und einem geistesgeschichtlich-religiösen. Da wir das erste nicht zu übernehmen brauchen (da bereits in uns beruhend), das zweite nicht übernehmen können und das dritte nicht übernehmen wollen und dürfen, kann uns der Bolschewismus — auch bei ausgesprochener Bejahung der Otorientierung — nicht Vorbild oder Beispiel sein! Besonders im Hinblick auf die Otorientierung erdienen mir die Betonung dieses Tatsachenbestandes notwendig; denn die besondere Gefahr des Bolschewismus für uns beruht darin, daß heute aktive, durchaus deutsch und positiv eingestellte Kreise in der Gefahr stehen, dem Bolschewismus geistesgeschichtlich einen falschen Rang zu geben, ihn als etwas „Neues“ zu sehen und mit diesem „Neuen“ ein Altes, d. h. den westlichen Rationalismus — und damit seine letzte Folge, die Gottlosigkeit — wieder zu übernehmen.

Wenn sich jemand noch einmal die Mühe machen wollte, dies durchzudenken, dann wird er vielleicht ebenso wie ich zu dem Schluß kommen, daß A. Münch das grundsätzliche Ziel meiner Ausführungen nicht verstanden hat.

Denn auch ich sehe die Gefahr des Bolschewismus im Religiösen und habe auf diesen Punkt hingeführt. Und dies tat ich deshalb — und die Notwendigkeit dies zu tun wird immer dringlicher, je mehr es offenbar werden wird, wie viele Menschen bester Gesinnung und höchster Opferbereitschaft heute bereit sind, sich mit dem Teufel zu verbünden, wenn sie damit Deutschland retten können. Eben weil ich weiß, daß Deutschland nicht mit dem Teufel zu retten ist, deshalb schreibe ich. Aber dazu tut es not: ebenso den Teufel bei uns und in uns zu sehen! Es hilft nichts, in solcher Lage optimistische Darstellungen zu machen! Ich weiß selbst wohl, daß da und dort sich neues religiöses Leben rührt, daß da und dort aus der tiefsten Verzweiflung der Ton laut wird: „Ich will mich auf-

machen und zu meinem Vater gehen.“ Aber gerade dort, wo jener Umkehrwille durchgebrochen ist, herrscht das Bewußtsein, wie furchtbar unsere Gottesferne, unsere Gottlosigkeit ist! Schreibt doch auch jener angeführte Student: „war — Gott fehlt noch“ — also könnte auch ich jenen Studenten für meine Anschauung zum Zeugen rufen! Und wenn jener englische Journalist schreibt: „Rund um die Erde leuchten die Flammen des heiligen Geistes auf“, so mag das wahr sein; wenn man auch in Deutschland dem angelsächsischen Optimismus immer ein gut Teil Zweifel entgegenzusetzen muß; denn — heute noch leuchten um die Erde ganz andere Flammen auf, denen gegenüber blind zu sein und Warnungsrufe dagegen mit Hinweis auf Besserung abschwächen zu wollen, ich für Unrecht halte!

Und damit komme ich zu dem Punkt, in dem ich mich von meinem Kritiker scharf scheide: es ist heute noch keineswegs die Zeit gekommen, Zeichen der Tröstung aufzutecken, sondern allen Illusionen zu entsagen und tapfer der Entsetzlichkeit unserer Lage ins Antlitz zu sehen.

Wenn ich auch nicht als Arzt täglich die Beobachtung machen müßte, wie wenig wir Menschen nach Gott ausgerichtet sind, wie wenig noch unser Leben von dort aus bestimmt ist, so frage ich meine Kritiker, wo sie den Mut hernehmen, angesichts des Treibens unserer Öffentlichkeit, meinen Satz, daß wir uns um Gott nicht kümmern, abzuschwächen!

Hier sagt der Hinweis auf einzelne kleine Kreise nichts (so wenig ich auch die Bedeutung solcher Ansatzpunkte zum Besseren unterschätze!) — alles aber liegt darin beschlossen, daß wir auf Christus getaufte Menschen es immer noch ertragen, daß durch all die Ismen — Kapitalismus, Parteiismus —, durch all die furchtbaren Maßnahmen, von denen wir doch täglich auch im „Aufwärts“ lesen, unser Volk, die Menschheit überhaupt, immer tiefer in Schuld, Not und Verstrickung verfällt!

Ganz ernstlich frage ich, ob der Kirchenbesuch ein wahrhafter Gradmesser dafür ist, ob wir unser Leben wirklich unter Gott stellen! Er kann es sein, wenn er der Ausdruck wahrhaften Gemeindelebens und wahrhaften Christenlebens ist! Aber man kann ihn als rechnerischen Beweis nicht gebrauchen!

Ich kenne das Buch von Wien: „Die Stadt in den Wolken“, und ich schließe mich der Empfehlung dieses Buches durch A. Münch an — aber auch Wien führt die Wurzel der Gottlosigkeit nicht auf den Bolschewismus zurück, sondern weist sie schon in Zeiten nach, da es diesen Begriff noch nicht gab. Und aus seinem zweiten, ebenso lesenswerten Buch: „Das Antlitz hinter der Maske“, spricht erschütternd die Gottesferne des europäischen, auch des deutschen Menschen — wie das Antlitz des Kain mit dem Mal des Brudermordes hinter unser aller Maske lauert.

Es ist nicht leicht zu begreifen, warum gerade die Behauptung: die Gottlosigkeit ist kein Eigenergebnis des Bolschewismus — so Widerstand findet! Wie will man die Gottlosigkeit bekämpfen (wirksam, wirklich und nicht nur mit dem Polizeiknüppel), wenn man nicht ihre Wurzel kennt. Und diese liegt nicht in einem politischen System, sondern in aller Menschen Herz!

Es gibt kein Gleichnis Jesu, das einen heute so stark beschäftigen kann, wie das Gleichnis vom verlorenen Sohn. Die Geistesgeschichte der Menschheit seit der französischen Revolution (wohl schon seit der Renaissance) liegt darin beschlossen. Wie der Mensch sich aus dem Hause seines Vaters entfernt und sich immer mehr in die

Erde gräbt! Er wandelt Gottes Schöpfung zu seiner Werkstätte — in ihr stellt er seine Künste, seine Schöpfungen hin, und eines Tages erklärt er seinen Verstand für das allein richtige Prinzip. Immer selbstherrlicher möge er sich an, alles selbst berechnen, bestimmen zu können — aber immer lauter wird das Stöhnen und der Fluch der Opfer dieser Selbstherrlichkeit. Jetzt, da dieser Weg im Osten zu Ende gegangen wird, erkennen wir seine Verderbnis! Aber es wird uns die Umkehr nicht gelingen, wenn wir pharisäisch auf einen andern schelten, sondern nur dann, wenn wir selbst, jeder für sich, bereit sind zu dieser Umkehr, aus dem tiefen Erschrecken heraus, daß wir ja — jeder einzelne — auch auf diesem verderblichen Wege sind! Nehme sich von diesem Fluche aus, wer den Mut dazu hat!

Heute gilt es nicht den Menschen in trostreiche Ruhe zu wiegen, sondern es gilt: daß wir der Unruhe standhalten, in die uns Gott geführt hat, und in dieser Unruhe ein Gnadenmittel sehen, mit dem er uns aus diesem Jammertal zurückführen will zu jener Umkehr:

„Ich will mich aufmachen und zu meinem Vater gehen.“

Das wirtschaftliche Katalonien.

Die wirtschaftliche und politische Bedeutung des katalonischen Staates in den früheren Jahrhunderten, besonders im Mittelalter, als es noch selbständig war, ist nur den wenigsten bekannt. Seit seiner provinziellen Eingliederung in den spanischen Staat nach 1714 mit der Zentralregierung in Madrid ist die Bedeutung Kataloniens mehr oder weniger nur noch aus seiner Wirtschaft zu ersehen.

Davon zeugen seine Kohlengruben, seine Lager an Pottasche, die Ausnutzung der Wasserkrafts und der damit verbundenen Elektrifizierung des Landes, die ausgedehnten Verkehrswege und hauptsächlich seine Hauptstadt Barcelona, die größte und bedeutendste Stadt und gleichzeitig der wichtigste Hafen ganz Spaniens, oft als das „spanische Hamburg“ bezeichnet. Den besten Beweis, welchen Anteil Katalonien schon jetzt an der Wirtschaft Spaniens besitzt, liefert wohl der folgende Zahlenvergleich:

	Spanien insges.	Katalonien	Anteil Kat. i. %
Bevölkerungszahl	23 500 000	2 840 000	12,1
Eisenbahnkilometer	16 055	1 401	8,1
Landstraßenkilometer	86 988	7 140	8,3
Kapital der Aktien- gesellschaften (i. Bsp.)	11 861 930 465	3 408 983 394	28,7
Elektr. Energie (i. Kilow.)	2 608 799 898	813 026 205	31,2
Automobile	261 433	58 066	22,2
Sparkassengelder (i. Bsp.)	2 014 060 000	693 760 000	34,4
Privatbanken	867 589 000	163 800 000	19,5
Agrar. Produktion	—	—	13,0
Landanteil	—	—	11,5

Wenn man noch in Betracht zieht, daß Katalonien nur 4 von 49 spanischen Provinzen umfaßt, so ist der wirkliche Anteil Kataloniens an den wirtschaftlichen Belangen Spaniens noch erheblicher. Unter diesen Umständen ist es wohl nicht zu gewagt, der katalonischen Wirtschaft eine noch größere Entwicklung zuzugestehen, zumal sich erst jetzt die Wirkungen der Eigenstaatlichkeit zeigen. Die Bemühungen Kataloniens, die vollständige Trennung vom spanischen Staat zu erwirken, gewinnen durch die vorangehenden Ausführungen noch eine erhöhte Bedeutung.

Die Oxford Bewegung.

Mit größtem Interesse las ich, was Herr Pastor Wilm in seinem Aufsatz „Zur kirchlichen Lage“ in Nr. 47 und 48 dieser Zeitung zu obigem Thema zu sagen weiß; und freue mich, daß unser lieber Aufwärts einem so positiven Urteil Raum gibt. Der Aufforderung des Herrn Pastor Wilm, daß die Aufwärtsleser, soweit sie wirklich mit der Bewegung in Verbindung gekommen sind, von ihren Erfahrungen berichten möchten, komme ich hierdurch nach.

Ich habe die Oxford Bewegung, welche in den Septembertagen des Vorjahres auf Anregung von Frau von Cramon-Arnolds-Mühle hier in Deutsch-Wissa stattfand, mitgemacht und habe dabei mehrere der führenden Persönlichkeiten — u. a. Frank Buchman, Professor Spörri-Zürich, Graf Bentinck-Amerongen und verschiedene aus Oxford gekommene Länderinnen — kennengelernt. Auch gehörte ich der hiesigen Gruppe an, die sich im Anschluß an jene Tagung gebildet hat.

Die Septembertagung hat einen so tiefen Eindruck auf mich gemacht, wie ich es noch bei keiner anderen Tagung oder Freizeit erlebt habe. Ich hatte vorher nie etwas von Oxford gehört und kam gänzlich unbefangenen und vorurteilslos auf Einladung von Frau von Cramon in den Saal des „Deutschen Hauses“, in dem die Versammlungen stattfanden. 250 bis 300 Teilnehmer, alle persönlich geladen, waren zugegen, überwiegend weiblichen Geschlechtes; auffallend war der starke Prozentatz des Adels.

Das erste, was ich erlebte, war eine Besprechung von Professor Spörri in humorvoll-schlichter Weise gehalten, über „Sorgen — Gehorchen — Führung“. Wir wurden dabei gefragt und antworteten freudig, so daß ein lebendiges Miteinanderarbeiten entstand. Die Stimmung erwärmte sich zusehends; den Höhepunkt des Vormittags bildete die Bibelbesprechung über Petri wunderbaren Fischzug. Hierbei ging eine ganz deutliche seelische Bewegung durch die anwesende Menge; und als ich in der Mittagspause zum Essen nach Hause ging, mußte ich, daß diese Tagung etwas Großes für mich bedeuten würde.

Nach Tisch fanden Besprechungen der Teilnehmer untereinander statt; man konnte da unter vier Augen mit einem der Gruppenmitglieder reden und fand das liebste Entgegenkommen, das gütigste Verständnis für alle Fragen, Zweifel, Angelegenheiten des persönlichen Lebens. Ich habe da mit Professor Spörri gesprochen wie mit einem langjährigen guten Freunde. Gerade diese Seelsorge von Mensch zu Mensch ist es, auf die von Frank Buchman der größte Wert gelegt wird.

Um 5 Uhr war wieder ein Vortrag; Graf Bentinck-Amerongen sprach über den Begriff der „Sünde“. Er war kein Redner und sagte selbst, daß er nie geglaubt habe, öffentlich ein Wort reden zu können; aber gerade die so ganz kunstlose, beschreibende, persönliche Art, wie er über seine Erfahrungen der Sünde im eigenen Leben, im eigenen Herzen sprach, wirkte durch ihre Echtheit unbedingt überzeugend.

Abends traten verschiedene junge Menschen auf, die keine Vorträge hielten, sondern ganz einfach erzählten, wie sie zu Christus gekommen seien.

In dieser Art ging es weiter durch die Tage des Zusammenseins hindurch, die ihren Abschluß fanden in kleineren Zusammenkünften, welche bei Frau von Cramon im Gutshaus zu Arnolds-Mühle stattfanden. Ein Geist der Liebe, der Herzlichkeit, des gegenseitigen Vertrauens durchwehte diese Tage, bei dem einem das Herz aufging.

Verschiedene Persönlichkeiten unserer Stadt sind auf das stärkste angefaßt worden, darunter der Pfarrer der evangelischen Gemeinde, welcher der Leiter unserer hiesigen Gruppe ist. Wir haben jede Woche unsern Gruppenabend, zu dem sich etwa 60 bis 70 Teilnehmer einfinden. Nach dem Gesange eines Chorals liest Herr Pfarrer A. ein Bibelwort, spricht darüber und gibt an Hand dieses Bibelwortes ein Thema für den Abend aus, z. B. freudiges Christentum oder „Wie helfe ich den Brüdern?“ oder „Wie werde ich mit dem Leide meines Lebens fertig?“ oder „Stimmungen des inneren Lebens“. Dann sprechen einzelne Teilnehmer unaufgefordert darüber, indem sie einfach von ihren Erlebnissen und Erfahrungen erzählen. Es geht sehr einfach und natürlich zu, und das Schöne ist,

daß von Mal zu Mal auch gerade die einfachen Frauen und Männer sich mehr beteiligen. Man geht niemals nach Hause, ohne Gewinn gehabt zu haben.

Wenn ich mir klar werde über das, was mir die Gruppenbewegung (wir nennen uns nicht mehr nach Oxford, denn es handelt sich jetzt um unsere deutsche Gruppenbewegung!) gebracht hat, so ist es dies:

Ein ganz neues Bewußtsein von der mich täglich umgebenden Gegenwart Jesu Christi, ein neues Eingelassenheit in diesen göttlichen Kraftstrom, ein neues Verantwortungsgefühl für meine Mitmenschen und ein neuer Mut zum freudigen Bekennen dessen, was ich an meinem Heilande habe.

Ich glaube, gerade der furchtbaren Gewalt des Gottlosen aufmarsches gegenüber kann diese neue Freudigkeit des Christseins ein wertvolles Abwehrmittel werden.

Bally Nagel.

Jubiläum bei den Mielewerken.

Am 1. März konnte Herr Direktor C. H. Walkenhorst auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Firma Miele zurückblicken. Da der Jubilar vor wenigen Tagen erst 47 Jahre alt geworden ist, so kann man wohl damit rechnen, daß er noch lange Jahre wirken, vielleicht noch gar das 50jährige Berufsjubiläum feiern kann. Nach Besuch der Schule in seiner Heimatstadt Werther trat Herr Walkenhorst bei der Saline A. G. in Bad Rothenfelde in die Lehre; später ging er zu einer damals sehr angesehenen Landmaschinen-Großhandlung in Frankfurt a. Main und zur weiteren Ausbildung nach England. Bei den Mielewerken arbeitete sich Herr Walkenhorst über rasch schnell ein. Bald nach seiner Rückkehr aus dem Felde wurde ihm schon im Jahre 1916 Prokura erteilt; im Jahre 1923 bei Umwandlung der Firma in eine Familien-Aktiengesellschaft wurde er in den Vorstand berufen. An der Entwicklung der Mielewerke hat Herr Walkenhorst hervorragenden Anteil. Seine unermüdete Tatkraft und Arbeitsbegeisterung, seine außerordentlichen kaufmännischen Fähigkeiten, verbunden mit einem ganz sel-

Die Ho-
Berrat am
triebe vom 2
öffentlich n
Abstände.
fung der Ba
militärische
werden die
schärft. De
dann gewiss

Der erste
schriften gege
heimliche.

Für sch
sah 3 des Ge
nisse) ist 10
Berrat militä
langes Zucht
nisse Todesst
bis zu 15 Jah

Wer du
stände, deren
gierung im J
fordern wä
forderlich wä
Regierung erf
bis zu 15 Jah

Ebenso n
von denen er
haltung vor
Schtheit oder
lich wäre, de
öffentlich mit

Wer sich
nicht verschaff
machen oder
zeichnen, wie

Wer Ge
tung vor ein
Reiches erfor
ländischen Re
den wäre, öf
wohl des Re
drei Monate
Gegenstände
unwahr find.

Die Tat
folgt.

Gegen

Der zw
hochverräteri
ist bei
die Reichsw
unfähig zu
gegen Angri
schützen, so
drohte Zucht

Wer ein
oder Anreiz
gewalt oder
oder Anreiz
dienenden S
raffreit oder
den Tatbest
begründet, k
breitung von
der Schrift
wird. Soweit

tenen fabri
stimmbenden
habt, die di
nehmen. W
Inhabern d
Walkenhof
kennen, so f
Wesen, sein
Walkenhof
was wir he
Optimismus
aber das Er

Neben f
Walkenhof
gefunden.
digkeit und
schließen sei

Die „Se
richtet folg
„Der G
beschlossen,
entfernen,
daß die alt
Der Ge
überall sich
diese Inschr
Ipricht.“

Ebenso
schaftsbüro
Galgütere,
„Wann
welche die
hen, die a
Wer de
darfste, der
sind, indem
Friedens-P

Die Schutzmaßnahmen

Berlin, 2. März.

Die Notverordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe vom 28. Februar 1933 ist jetzt im Wortlaut veröffentlicht worden. Die Verordnung zerfällt in drei Abschnitte. Im ersten Abschnitt steht die Verschärfung der Vorschriften gegen Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse vor. Im zweiten Abschnitt werden die Strafen für hochverräterische Umtriebe verschärft. Der dritte Abschnitt der Verordnung regelt sodann gewisse Zuständigkeiten der Gerichte neu.

Strafverschärfung

Der erste Abschnitt enthält eine Verschärfung der Vorschriften gegen Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse.

Für schweren Verrat militärischer Geheimnisse (§ 1 Absatz 3 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse) ist Todesstrafe angedroht, für Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse Todesstrafe oder lebenslanges Zuchthaus; bei Ausplünderung militärischer Geheimnisse Todesstrafe, lebenslanges Zuchthaus oder Zuchthaus bis zu 15 Jahren.

Wer durch Fälschung oder Verfälschung Gegenstände, deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung im Falle der Echtheit für das Wohl des Reiches erforderlich wäre, in der Absicht herstellt, sie einer ausländischen Regierung bekannt zu machen oder öffentlich mitzuteilen, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

Ebenso wird bestraft, wer Gegenstände oder Nachrichten, von denen er weiß, daß sie falsch sind, und deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung im Falle der Echtheit oder Wahrheit für das Wohl des Reiches erforderlich wäre, der ausländischen Regierung bekannt macht oder öffentlich mitteilt, ohne sie als falsch zu bezeichnen.

Wer sich Gegenstände der bezeichneten Art in der Absicht verschafft, sie einer ausländischen Regierung bekannt zu machen oder öffentlich mitzuteilen, ohne sie als falsch zu bezeichnen, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

Wer Gegenstände oder Nachrichten, deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung für das Wohl des Reiches erforderlich wäre, wenn sie nicht bereits der ausländischen Regierung bekannt oder öffentlich mitgeteilt worden wäre, öffentlich mitteilt oder erörtert und dadurch das Wohl des Reiches gefährdet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Es macht keinen Unterschied, ob die Gegenstände oder Nachrichten echt oder falsch, wahr oder unwahr sind.

Die Tat wird nur auf Antrag der Reichsregierung verfolgt.

Gegen hochverräterische Umtriebe

Der zweite Abschnitt befaßt sich mit der Bekämpfung hochverräterischer Umtriebe.

Ist bei einem Hochverrat die Tat darauf gerichtet, die Reichswehr oder die Polizei zur Erfüllung ihrer Pflicht untätig zu machen, das Deutsche Reich und seine Länder gegen Angriffe auf ihren äußeren oder inneren Bestand zu schützen, so ist auf die in den §§ 81—86 des Str.G.B. angedrohte Zuchthausstrafe zu erkennen.

Wer eine Druckschrift, deren Inhalt durch Aufforderung oder Anreizung zum gewaltsamen Kampf gegen die Staatsgewalt oder zu dessen Vorbereitung oder durch Aufforderung oder Anreizung zu einem hochverräterischen Bestreben dienenden Streik in einem lebenswichtigen Betrieb, Generalstreik oder anderen Massenstreik oder in anderer Weise den Tatbestand des Hochverrats (§§ 81—86 des Str.G.B.) begründet, herstellt, verbreitet oder zum Zwecke der Verbreitung vorrätig hält, obwohl er bei sorgfältiger Prüfung der Schrift den strafbaren Inhalt hätte erkennen können, wird, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

tenen fabrikatorischen Organisationsarbeit, haben bestimmten Einfluß auf die Erringung der Stellung gehabt, die die Mietfirma heute in ihrer Branche einnehmen. Was jedoch alle seine Mitarbeiter — von den Inhabern der Firma bis zum Arbeiter — mit Herrn Walkenhorst so eng verbindet und überhaupt alle, die ihn kennen, so sehr an ihm schätzen, ist sein offenes, rechtliches Wesen, seine vornehme und gütige Gesinnung. Herr Walkenhorst ist eine Persönlichkeit, die das ausstrahlt, was wir heute am nötigsten brauchen: einen gefundenen Optimismus, der die Schwierigkeiten nicht unterschätzt, aber das Endziel niemals aus dem Auge verliert.

Neben seiner Arbeit für die Mietfirma hat Herr Walkenhorst noch für soziale und kirchliche Zwecke Zeit gefunden. Möge ihm auch wieder die gleiche Arbeitsfreudigkeit und seinem Wirken immer der gute Erfolg beschleichen sein.

Was Freude macht.

Die „Solidarité Sociale“ vom 17. Dezember 1932 berichtet folgendes:

„Der Gemeinderat von Nîmes (Nordfrankreich) hat beschlossen, von der neubauten Kirche die Inschrift zu entfernen, welche alle Vorübergehenden daran erinnert, daß die alte Kirche von den Deutschen zerstört worden ist.“

Der Gemeinderat findet, daß in einem Moment, da überall sich Kräfte regen zur Veröhnung der Völker, diese Inschrift jedem Streben nach Verständigung widerpricht.“

Ebenfalls (Nr. v. 31. 12. 32) wird ein Aufruf des Patentschreibers „Friede dem Kinde“ (M. Glangetas, 131 rue Balguère, Paris 15) veröffentlicht. Er lautet:

„Wenn werden Mithrasen und Haß, diese Gefühle, welche die Menschheit erniedrigen, der Brüderlichkeit weichen, die allein imstande ist, der Menschheit zu helfen.“

Wer den Segen solcher Brüderlichkeit schon erfahren durfte, der möge seine Dankbarkeit mit der Tat beweisen, indem er ein Kind von deutschen Arbeitslosen als Friedens-Patenkind annimmt.“

Strafe angedroht ist, mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft (§ 6).

Die Zuständigkeit der Gerichte

Im dritten Abschnitt (Vorschriften über Zuständigkeit und Strafverfahren) wird bestimmt, daß in den zur Zuständigkeit des Reichsgerichtes gehörenden Strafsachen, die in vorbereiteten Verfahren dem Amtsrichter obliegenden Geschäfte auch durch einen oder mehrere besondere Ermittlungsrichter des Reichsgerichtes vorgenommen werden können.

Ist eine Druckschrift beschlagnahmt worden, weil der Inhalt der Schrift den Tatbestand einer zur Zuständigkeit des Reichsgerichtes gehörenden Strafsache begründet, so hat, wenn ein Ermittlungsrichter des Reichsgerichtes bestellt ist, dieser über die Bestätigung oder Aufhebung der vorläufigen Beschlagnahme an Stelle des Amtsrichters zu entscheiden. Die Entscheidung muß unverzüglich herbeigeführt werden. Gegen den Beschluß des Ermittlungsrichters, der die vorläufige Beschlagnahme aufhebt, steht dem Oberreichsanwalt die sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirkung zu.

§ 6 (der die Druckschriften betrifft) dieser Verordnung tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft. Im übrigen tritt die Verordnung mit dem vierten Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die Polizeiaktion im Reich

Zahlreiche Verhaftungen. — Ungeheure Mengen von illegalem Material sichergestellt.

In Verfolg der polizeilichen Maßnahmen wurden in Berlin im Verlauf der Nacht zu Mittwoch insgesamt 300 Verkehrslokale der KPD. geschlossen. Bei dieser Aktion sind etwa 200 Personen festgenommen worden, die hauptsächlich der KPD. angehören. Einen besonderen Rang machte die Polizei bei der Durchsuchung eines Lokals in der Rosenfelder Straße im Norden der Stadt. Hier wurden allein 30 Ausländer festgenommen, die eine Aufenthaltsgenehmigung für Deutschland nicht vorweisen konnten. In Breslau sind bei der Durchsuchung der Wohnungen von Angehörigen regierungsfeindlicher Parteien etwa

120 Zentner illegales Material zutage gefördert worden. Festgenommen wurden bisher 18 führende Personen dieser Organisationen, darunter auch der Führer der KPD. in Breslau, Rechtsanwalt Eickstein, und der Reichsbannerführer, Rektor Herrmann. Weitere Festnahmen und Beschlagnahmen erfolgten in Kassel, Düsseldorf, Essen, Dortmund, Hagen, Münster, Bielefeld, Leer und zahlreichen anderen Orten. In Erfurt wurden über eine Million Flugblätter mit teilweise hochverräterischem Inhalt beschlagnahmt. An mehreren Stellen konnten auch Waffen, u. a. Pistolen, Gasmasken und Seitengewehre, sichergestellt werden. In einem Hinterhaus wurde ein illegales Büro der KPD. ausgebaut. Hierbei wurde das gesamte Material für den ganzen Bezirk Groß-Hamburg sowie eine Geheimdruckerei beschlagnahmt.

Alle Länder schließen sich an

Im Zusammenhang mit den Vorgängen in Preußen wurden auch in Thüringen eine Reihe von kommunistischen Funktionären verhaftet. Das Fraktionszimmer der kommunistischen Fraktion im Weimarer Landtagsgebäude wurde nach der Durchsuchung verlegt. Gleichzeitig wurde in ganz Thüringen die Hilfspolizei eingesetzt, die sich aus SA-Leuten und Stahlhelmern zusammensetzt. In Apolda konnte die politische Polizei überraschend eine kommunistische Druckerei ausheben, und zahlreiches Schriftmaterial verbottenen Inhalts beschlagnahmen. In Friedbrunn, Rudolstadt, Saalfeld und Gotha wurden zahlreiche kommunistische Funktionäre, Stadtratsmitglieder, Landtagsabgeordnete und Betriebsratsmitglieder festgenommen. Das thüringische Innenministerium hat die Polizeibehörden angewiesen, sämtliche Flugblätter, Plakate, Ortszeitungen und ähnliche Druckschriften der kommunistischen Partei polizeilich zu beschlagnahmen und einzuspeichern.

Ähnliche Maßnahmen sind auch vom Hamburger Senat getroffen worden, da die Ueberfälle auf die Polizeistationen sowie die zahlreichen Waffenfunde beweisen, daß die kommunistische Partei auch in Hamburg Umtriebe mit hochverräterischen Zielen unternimmt. Sämtliche kommunistischen Druckschriften werden verboten und alle Flugblätter eingezogen. Die gesamte Polizei wird in Alarmbereitschaft gehalten.

In Rostock wurden auf Anordnung des mecklenburgischen Innenministers alle kommunistischen Geschäftsstellen und Druckereien durchsucht und 21 kommunistische Führer in Schutzhaft genommen. Auch Bremen und Oldenburg haben sich der Aktion gegen die KPD. angeschlossen und alle kommunistischen Zeitungen und Flugblätter verboten.

Die württembergische Regierung hat das Landtagsgebäude und das Parteibüro der KPD. in Stuttgart durchsuchen lassen. Die Polizei fand hier eine große Menge verpackter Druckschriften. Der größere Teil davon wurde beschlagnahmt.

Auch in Bayern und Sachsen sind umfangreiche scharfe Maßnahmen gegen die kommunistische Gefahr in die Wege geleitet worden. Sämtliche kommunistische Zeitungen und Versammlungen sind verboten worden, über zahlreiche kommunistische Führer wurde die Schutzhaft verhängt.

Das Landtagsgebäude in München ist im Hinblick auf die Brandstiftung im Reichstag für den öffentlichen Verkehr gesperrt worden. Außerdem nahm die Polizei in den Räumen der kommunistischen Parteileitung und im Verlag der kommunistischen „Neuen Zeitung“ Durchsuchungen und Beschlagnahmen vor. Im kommunistischen Parteibüro in Augsburg wurden Druckapparate und eine größere Anzahl Druckschriften hochverräterischen Inhalts beschlagnahmt.

Kommunistische Abgeordnete nach Dänemark geflüchtet.

Die deutsche kommunistische Reichstagsabgeordnete Frau Maria Reese, die aus Berlin geflüchtet ist, traf in Kopenhagen ein und wurde von den kommunistischen Folketings-Abgeordneten Munch und Petersen empfangen. Frau Reese beabsichtigt, vorläufig in Kopenhagen zu bleiben.

Die Gedächtnisfeier für die Gefallenen des Weltkrieges, die am Volkstrauertag, dem 13. März, im Plenarsitzungssaal des Reichstages stattfinden sollte, wird in die Krolloper verlegt.

Die kommunistische Gefahr

Rundfunkrede des Reichsinnenministers Göring.

Berlin, 2. März.

Reichsinnenminister Göring erläuterte am Mittwochabend im Berliner Rundfunk die Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat. Er schilderte die ungeheure Gefahr, in der sich Deutschland zur Zeit befindet, und bezeichnete den

Reichstagsbrand als das Janus der kommunistischen Bürgerkriegsbestrebungen.

zu deren Abwehr keine Notverordnung zu scharf gewesen sei. An Hand des im Besitz der Regierung befindlichen Materials gab der Minister einen Ueberblick über die kommunistischen Anordnungen, die die Umsturzbestrebungen der Kommunisten tarnen sollten.

Der Kampf der Reichsregierung geht nicht auf Abwehr sondern auf Ausrottung des Kommunismus mit Stumpf und Stiel.

Hierzu würden alle verfügbaren Kräfte mobilisiert. Bei dem Kampf mußten in erster Linie die Nachrichtenmittel der Gegenseite erfaßt werden. In diesem Zusammenhang streifte Minister Göring die Ergebnisse der Durchsuchung des Liebknecht-Hauses. Mit der Sicherung des riesigen Materials sei man noch beschäftigt.

Der Minister ging dann auf

die Pläne der Kommunisten

ein, auf die Schaffung von Terrorgruppen in Stärke von 200 Mann, auf die gefälschten Ausweise usw., ferner auf die Pläne, die zum Umsturz in der Nacht vom 5. zum 6. März zur Besetzung von Berlin führen sollten. Mit Hilfe von gefälschten Befehlen von Führern der Nationalsozialisten, des Stahlhelms und der Polizei sollten die Bürgerkriegsmaßnahmen durchgeführt und Verwirrung angezettelt werden. Diese Maßnahmen sollten aber nur Anfangsaktion sein als Beginn größerer Angriffe.

Der Minister schilderte dann das Nebeneinander der Aufdeckung der kommunistischen Pläne mit all den Verhaftungen wegen Sprengstoff- und Diebstahls, weiter die Pläne, wie die Kampfhandlungen — Verwendung von Geheimpolizei, Bewaffnung der kommunistischen Massen usw. — durchgeführt werden sollten.

Bis Ende Februar sollte die Durchorganisation der kommunistischen Absichten erfolgt sein, bis dahin sollte alles auf Illegalität — da mit dem Verbot der KPD. zu rechnen sei — umgestellt sein.

Reichsminister Göring gab eine eingehende Schilderung der Brandstiftung im Reichstage, die ganz offensichtlich nicht das Werk des kommunistischen Hollanders allein, sondern von mindestens 6—7 Helfershelfern gemein sei. Bei den Tätern müsse es sich um absolut mit den Verhältnissen vertraute Persönlichkeiten gehandelt haben.

Wenn, so fuhr der Redner fort, an jenem Abend nicht mit allen Mitteln durchgegriffen worden wäre, so wäre wohl noch manch anderer Brand zu verzeichnen gewesen. Trotz aller Maßnahmen gegen die Kommunisten sei aber die Gefahr noch nicht beseitigt.

Bei Kenntnis all dieser Unterlagen sei der Staat gezwungen gewesen, solche grauenhaften Pläne im Keime zu ersticken. Deshalb seien die Vorbereitungen seitens des Reiches und der preussischen Regierung eine unbedingte Notwendigkeit gewesen. Deshalb sei es für Reichsregierung und preussische Regierung unbedingt notwendig gewesen, vom Reichspräsidenten die Vollmachten zu erbitten, die ausreichend sind, um das deutsche Volk vor dieser gewaltigen Gefahr schützen zu können.

Die Einberufung der Hilfspolizei

Ausführungsbestimmungen für Einberufung der Hilfspolizeimannschaften

Die Einberufung von Angehörigen der nationalen Verbände zur Hilfspolizei hat Zweifel ausgelöst ob nun die Angestellten von Firmen für die Dauer ihrer Tätigkeit als Hilfspolizisten beurlaubt werden müssen und ob diese Beurlaubung mit oder ohne Gehalt zu erfolgen hat. Eine Klärung dieser Frage ist bereits in die Wege geleitet und es dürften in kürzester Frist noch Ausführungsbestimmungen darüber zu erwarten sein. Man wird vermutlich die Hilfspolizei in rechtlicher Beziehung der freiwilligen Feuerwehr gleichstellen, die eine staatliche Maßnahme darstellt. Die Angehörigen der Hilfspolizei wären also ebenso wie bisher schon die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehr von ihren Arbeitsstellen unter Weiterzahlung des Lohnes oder Gehaltes zu beurlauben.

Die Hilfspolizei wird nicht dauernd Dienst tun, sondern nur in besonderen Fällen zunächst als Verhärter der Polizei für leichtere Maßnahmen (Absperren usw.) angefordert werden, ferner werden sie in den Fällen, in denen die uniformierten Polizeibeamten sämtlich außerhalb der Polizeistunden Straßendienst tun müssen, zum Schutze der Polizeistunden verwendet werden.

In den Bestimmungen ist vorgesehen, daß die Zahl der Hilfspolizeibeamten die Zahl der planmäßigen Polizeibeamten nicht überschreiten darf. Es werden auch bei weitem nicht alle Hilfspolizeibeamten mit einer Schusswaffe ausgestattet, diese Bewaffnung würde nur dort erfolgen, wo etwa für Leib und Leben der Hilfsbeamten zu fürchten wäre.

Die Zahl der Hilfspolizeibeamten

für ganz Preußen wird jedoch nach dem bisherigen Ueberblick bei weitem nicht die Zahl der planmäßigen Polizeibeamten erreichen. Die Hilfspolizeikommandos dürften sich durchschnittlich aus 50 Prozent SA-Leuten, 30 Prozent SS-Leuten und 20 Prozent Stahlhelmern zusammensetzen. Man wird selbstverständlich auf die Interessen der Hilfspolizeibeamten als Arbeitnehmer Rücksicht nehmen und die Hilfspolizeikommandos

nur in äußersten Fällen zur Entlastung der planmäßigen Polizei heranziehen.

Die erste größere Bereitstellung von Hilfspolizei wird am kommenden Sonnabend und Sonntag erfolgen, damit jede etwa geplante Störung von Wahlhandlungen durch Kommunisten im Keim erstickt werden kann. Es ist in Berlin mit der Zurverfügungstellung von etwa 3000 Mann Hilfspolizei zu rechnen. Die Hilfspolizeikommandos werden für die kurze Dauer ihrer Bereitschaft Polizei-offizieren unterstellt.

